



## Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

Bericht der: Justiz- und Sicherheitskommission  
vom: 20. Oktober 2014  
zur Vorlage Nr.: [2014-187](#)  
Titel: **Betreffend den Bericht zum Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: "Bildet eine Sicherheitsdirektion" ([2006/049](#))**  
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



---

## Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

### Betreffend den Bericht zum Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: "Bildet eine Sicherheitsdirektion" ([2006/049](#))

Vom 20. Oktober 2014

#### 1. Ausgangslage

In einem [Vorstoss](#) vom 16. Februar 2006 verlangte die CVP/EVP-Fraktion, dass aus der damaligen Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD) eine „umfassende Sicherheitsdirektion zu bilden“ sei: Die auf verschiedene Direktionen verteilten Blaulicht- und Kriseninterventionsorganisationen sollten unter einem Dach zusammengefasst werden. Dass die Ölwehr und das Sicherheitsinspektorat der BUD, die Rettungssanität der fachlichen Aufsicht der VSD (heute VGD) und die Feuerwehr via Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV) administrativ der FKD unterstehen, während Justiz, Polizei, Armee, Zivilschutz und Kantonaler Krisenstab bei der damaligen JPMD angesiedelt seien, führe zu einem „immensen Koordinationsaufwand“ und „unnötigen Zweispurigkeiten“. Diese Zuteilungen gelten – mit Ausnahme der Ölwehr, die 2007 zur JPMD transferiert wurde – noch heute. - Der Landrat hat die Motion am 18. Mai 2006 als Postulat überwiesen.

Der Regierungsrat legt in seinem Bericht vom 27. Mai 2014 dar, wie das Anliegen – über die längst erfolgte Umbenennung der Direktion hinaus – weiter bearbeitet wurde. Die Prüfung der Frage, ob eine umfassende, alle Blaulichtorganisationen umfassende Sicherheitsdirektion geschaffen werden soll, sei „sinnvoll und richtig“. Diese Abklärungen seien aber erst im Rahmen einer generellen Überprüfung der Aufgabenverteilung zwischen den Direktionen vorgesehen, die mit Beginn der neuen Legislatur an die Hand genommen werden solle; ein entsprechender Fahrplan sei an einer Regierungs-Klausur im Sommer 2013 beschlossen worden.

Für die Details wird auf die [Vorlage](#) der Regierung verwiesen.

#### 2. Beratungen in der Justiz- und Sicherheitskommission

##### 2.1. Organisatorisches

Das Büro des Landrates hat die Vorlage am 12. Juni 2014 an die Justiz- und Sicherheitskommission überwiesen.

Die Justiz- und Sicherheitskommission hat die Vorlage an ihren Sitzungen vom 30. Juni und 25. August 2014 in Anwesenheit von Sicherheitsdirektor Isaac Reber und Stephan Mathis beraten. Der Generalsekretär der SID hat die Vorlage auch vorgestellt.

## 2.2 Eintreten

Die Kommission ist stillschweigend auf die Vorlage eingetreten.

## 2.3. Diskussionen

Die Kommission hat intensive Diskussionen zur Thematik geführt. Sie hat von der Absicht des Regierungsrates Kenntnis genommen, ab Mitte 2015 breit angelegt zu prüfen, ob die Aufgabenzuteilung an die Direktionen optimal geregelt sei respektive ob organisatorische Änderungen notwendig seien. Die Kommission äusserte dabei die klare Erwartung, dass diese Überprüfung nicht bloss ein Versprechen bleibe, sondern tatsächlich in Angriff genommen werde - und dass der Prozess der Umgestaltung auch zügig in die Tat umgesetzt werde. Auf fixe zeitliche Vorgaben hat die Kommission dennoch verzichtet. Es ist für die JSK aber offensichtlich, dass mit einer Reorganisation der Verwaltung das Gleichgewicht unter den Direktionen neu hergestellt werden muss.

Materiell hat die Kommission diese Gesamtüberprüfung der Verwaltungsstrukturen nur am Rande gestreift. Es wurde die Ansicht geäussert, dass die Feuerwehr nicht aus der BGV herausgebrochen, sondern allenfalls die ganze BGV mit ihren drei Säulen (Prävention, Bauliches, Intervention) der Sicherheitsdirektion zugeordnet werden solle.

In der Kommission wurden auch Stimmen laut, welche generell Zweifel am Nutzen dieser Reorganisationsabsichten äusserten, zumal der konkrete Mehrwert nicht aufgezeigt worden sei und die heutigen Strukturen sich als tragfähig erwiesen hätten.

Was das Vorgehen betrifft wurde moniert, dass die Regierung das Anliegen, das in einem acht Jahre alten Postulat formuliert ist, zwar als sinnvoll erachtet, dann aber nicht aktiv wird, sondern nur auf die Grobplanung der nächsten Legislatur verweist – und dennoch beantragt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben. Ein Antrag anlässlich der Kommissionsberatung, das Geschäft an die Regierung zurückzuweisen, wurde in Erwägung gezogen. Es setzte sich jedoch die Einsicht durch, dass damit kein Zeitgewinn zu realisieren wäre und der Landrat dadurch nicht minder beschäftigt würde.

Die Kommission hat aber auch zur Kenntnis genommen, dass gerade die Sicherheitsdirektion in den vergangenen Jahren mit mehreren Grossprojekten betraut war (Strafprozessordnung/neue Staatsanwaltschaft, Revision Vormundschaftsrecht, Focus), was eine zusätzliche Umbildung der Direktion kaum zugelassen hätte.

## 3. Antrag

Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat mit 12:1 Stimmen:

://: Das Postulat [2006/049](#) ist als erledigt abzuschreiben.

Schönenbuch, den 20. Oktober 2014

Für die Justiz- und Sicherheitsdirektion:

*Siro Imber, Präsident*